

TICKER Beilage zu STICHWORT BAYER 1/07

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

Unterschriften gegen Müllverbrennung

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, der BUND FÜR UMWELT- UND NATURSCHUTZ, PRO HERTEN und andere Initiativen haben 11.000 Unterschriften gegen die Verbrennung von australischem Giftmüll in Anlagen von BAYER und anderen Betreibern gesammelt. Am 15. März 2007 haben die AktivistInnen sie dem Landesumweltminister Eckhart Uhlenberg (CDU) im Umweltministerium übergeben. Der Minister ließ zwar nichts auf die angeblich „sichere“ Entsorgung im Lande kommen, sprach sich vor den ProtestlerInnen aber dagegen aus, 22.000 Tonnen giftigen Hexachlorbenzols auf die Reise um die halbe Welt zu den nordrhein-westfälischen Müllöfen zu schicken. Uhlenberg berichtete, die Landesregierung habe bereits Kontakt mit den Verantwortlichen in Australien aufgenommen, um den Transport zu verhindern und würde gegebenenfalls auch vor rechtlichen Auseinandersetzungen nicht zurückschrecken. In einem Begleitschreiben haben die beteiligten Gruppen den CDU-Politiker überdies aufgefordert, ein generelles Importverbot für giftige Altlasten zu erlassen und der Öffentlichkeit künftig alle Informationen über die Schadstoffemissionen der Anlagen zugänglich zu machen.

Erfolgreiche Pestizid-Kampagne

Seit Jahren fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN den Leverkusener Multi auf, das im Geschäftsbericht des Jahres 1995 gegebene Versprechen einzulösen, Pestizide der höchsten Gefahrenklassen vom Markt zu nehmen, die vor allem in den Ländern der „Dritten Welt“ verheerenden Schaden anrichten. Auch andere Gruppen wie das EINE-WELT-NETZ-NRW haben sich dieser Kampagne angeschlossen. Jetzt hat der zunehmende Druck auf den Agro-Riesen und seinen Kooperationspartner CHEMINOVA zu einem Teilerfolg geführt. BAYER hat angekündigt, den Verkauf des Ultragiftes Monocrotophos in Indien zu stoppen sowie weltweit den Vertrieb von FOLIDOL mit dem Wirkstoff Parathion Methyl einzustellen.

CBG schreibt Bundesumweltamt

Der Chemie-Professor Jürgen Rochlitz hat in seiner Eigenschaft als Beirat der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN einen Brief an das Bundesumweltamt zu den Klimabilanz-Fälschungen des Leverkusener Multis geschrieben. Darin wollte er unter anderem wissen, ob das Herausrechnen hinzugekaufter Energie und andere Trickereien Konsequenzen für das BAYER im Rahmen des Emissionshandels zugeteilte Kontingent an CO₂-Verschmutzungsrechten haben wird.

CBG schreibt Angela Merkel

Im Dezember 2006 wandten sich BAYER-Chef Werner Wenning und andere Konzern-Bosse in einem Schreiben an Angela Merkel, in dem sie die Bundeskanzlerin aufforderten, sich in Brüssel für großzügiger bemessene Lizenzen zum Kohlendioxid-Ausstoß einzusetzen (siehe POLITIK & EINFLUSS). Die COORDINATION GEGEN BAYER-

GEFAHREN (CBG) nahm dies zum Anlass, die CDU-Politikerin in einem Offenen Brief auf das umfangliche Klimasünden-Register des Unternehmens hinzuweisen, das unter anderem aus geschönten Klimabilanzen besteht, aus denen die von externen Stromanbietern bezogene Energie herausgerechnet ist (siehe auch SWB 1/07).

Umweltbundesamt meldet sich

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat die Explosion in einer brasilianischen BAYER-Anlage (siehe auch UNFÄLLE & KATASTROPHEN) per Presse-Information publik gemacht. Als Reaktion auf die Veröffentlichung wandte sich ein Mitarbeiter des Umweltbundesamtes an die CBG. Er führt für die Störfall-Kommission über Unfälle Buch und bat darum, künftig von der Coordination über Ereignisse bei BAYER in Kenntnis gesetzt zu werden.

CBG veröffentlicht Unfallliste

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat den jüngsten Störfall in einem BAYER-Werk, die Explosion am brasilianischen Standort Belford Roxo, zum Anlass genommen, eine Unfallliste zu veröffentlichen. Die Aufstellung beginnt 1992, führt 70 Vorfälle auf und dokumentiert somit den Normalfall „Störfall“ bei BAYER.

Task Force für Firmenschließung

Die von dem Entsorgungsunternehmen PHILIPS SERVICES vorgenommene Reinigung von Behältern, in denen BAYER mit Propylmercaptan einen Bestandteil des Pestizides MOCAP hergestellt hatte, löste bei über 250 AnwohnerInnen in einem Umkreis von 50 Quadratmeilen Krankheits-symptome wie Kopfschmerzen, Brechreiz, allergische Reaktionen und Atemstörungen aus (Ticker 2/06). Die staatlichen Behörden überprüften die Firma, gaben ihr jedoch bald wieder eine Betriebserlaubnis. Die SOUTH FULTON/FAYETTE COMMUNITY TASK FORCE fordert jedoch eine Schließung, bis WissenschaftlerInnen die genaue Ursache der Gesundheitsstörungen herausgefunden haben. Der Kongressabgeordnete David Scott schloss sich diesem Begehren an und schrieb einen entsprechenden Brief an die US-Umweltbehörde EPA. Diese sah jedoch keinen Handlungsbedarf, woraufhin die Task Force ein Protestschreiben aufsetzte. „Wir sind sehr enttäuscht über die mangelnde Bereitschaft der EPA, die Gesundheit der BürgerInnen zu schützen“, heißt es darin.

Neue MedizinerInnen-Initiative

BAYER & Co. versuchen auf vielfältige Weise, das Verschreibungsverhalten der MedizinerInnen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. So hat der Leverkusener Multi in der Vergangenheit ÄrztInnen Reisen im Orientexpress spendiert und ihnen für so genannte Beobachtungsstudien viel Geld gezahlt. Die neue MedizinerInnen-Initiative MEIN ESSEN ZAHL ICH SELBST (MEZIS) geht jetzt auf Distanz zur Pharmaindustrie. MitgliederInnen von MEZIS empfangen keine PharmareferentInnen der Pillen-Riesen in ihren Praxen, nehmen keine Musterpackungen und Geschenke an, beteiligen sich nicht an Arznei-Anwendungs-

studien und verzichten auf Praxissoftware, die von den Pillenriesen gesponsort ist.

BfArM wehrt sich

Beharrlich arbeitet Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt daran, das für Pillen-Zulassungen zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin-Produkte (BfArM) industrie-freundlicher zu gestalten. Nachdem eine Arbeitsgruppe, in der auch Vertreter von BAYER saßen, dem Institut vorwarf, der „Arzneimittel-Zulassung als Wettbewerbs- und Standort-Faktor“ nicht genügend Beachtung zu schenken, schasste Schmidt im Jahr 2005 den Leiter Harald Schwelm und ersetzte ihn durch den „Reformator“ Reinhard Kurth. Anfang 2007 präsentierte sie schließlich einen Gesetzesentwurf zur Umwandlung des BfArM in eine rechtlich eigenständige Gesellschaft. Der Personalrat der Institution wandte sich jedoch scharf gegen die Pläne, die das Bundesinstitut „durch eine erhebliche Unterfinanzierung in eine höhere Abhängigkeit führen werden“. Perspektivisch soll es nämlich seine Kosten nur noch durch die von BAYER & Co. erhobenen Gebühren decken.

Grüne für Aufsichtsratsquoten

Die Aufsichtsräte der bundesdeutschen Unternehmen sind nur zu 7,5 Prozent mit Frauen besetzt und 80 Prozent dieser Glücklichen verdanken ihr Mandat nicht den Konzernen, sondern den Gewerkschaften. So sitzt im 21-köpfigen BAYER-Aufsichtsrat nur eine Frau: Petra Kronen, die Betriebsratsvorsitzende des Uerdinger Werkes. Um diesen Missstand zu ändern, haben die NRW-Grünen die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung einer Frauenquote von 40 Prozent nach norwegischem Vorbild einzusetzen.

Verband kritisiert Bienen-Monitoring

Französische ImkerInnen machten das BAYER-Pestizid GAUCHO mit dem Wirkstoff Imidacloprid für den Tod von Milliarden Bienen mitverantwortlich, weshalb ihre Regierung 2004 die Ausbringung des Ackergiftes auf Sonnenblumen- und Maisfeldern untersagte. Auch in der Bundesrepublik kam es zu einem Bienensterben im großen Ausmaß. Auf Druck der BienenzüchterInnen initiierte Rot/Grün deshalb eine Untersuchung. Allerdings unterstützten BAYER & Co. das „Bienenmonitoring“ finanziell und nahmen auch selbst daran teil. Der Leverkusener Multi ließ es sich dann auch nicht nehmen, selbst die Bienengefährlichkeit von GAUCHO zu testen. Vorhersehbarer Befund: Kein Grund zur Beunruhigung. Der Berufsimkerbund gibt sich mit diesem Ergebnis jedoch nicht zufrieden und fordert Studien von nicht konzern-gebundenen WissenschaftlerInnen ein. In einer Presseerklärung kritisierte der Verband das Bienen-Monitoring als reine PR-Maßnahme und drohte mit dem Ausstieg.

Offener Brief wg. GAUCHO

Der Berufsimkerbund hat gemeinsam mit FRIENDS OF THE EARTH und anderen Initiativen einen Offenen Brief an die Europäische Union geschrieben, in dem die Verbände die Kommission auffordern, das BAYER-Pestizid GAUCHO

und andere Ackergifte wegen ihrer Bienengefährlichkeit zu verbieten.

Sonnleitner rät von Gentechnik ab

Der Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner ist zwar kein Gentechnik-Gegner, hat sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber gegen die Aussaat von Pflanzen mit verändertem Erbgut ausgesprochen. „Wir müssen vom Anbau gentechnisch veränderten Saatguts abraten. Und genau das wollte die Bundesregierung. Ich kann doch den Landwirten nicht etwas empfehlen, was unabsehbare Risiken birgt. Zudem wollen die Verbraucher die Produkte auch nicht. Warum sollen wir etwas produzieren, was niemand will“, so Sonnleitner in einem Interview mit der *Rheinischen Post*.

Genreis: Costa Rica protestiert

Die Verunreinigung von Handelsreis mit Sorten aus BAYERS Genlabors hat zu einem Skandal geführt, dessen Auswirkungen bis nach Südamerika reichen. So regt sich in Costa Rica Kritik gegen Reisimporte aus den USA Die ASOCIACIÓN DE ECOLOGIA SOCIAL warnt vor einer gentechnischen Verunreinigung und fordert einen Einfuhrstopp.

Chrom-Sanierung stockt

Das Grundwasser in der Umgebung des im südafrikanischen Durban gelegenen BAYER-Werks ist stark durch Krebs erregende Chrom-Verbindungen belastet (siehe auch *SWB* 4/04). Auf Druck der Initiative SOUTH DURBAN ENVIRONMENTAL ALLIANCE haben sich die ManagerInnen der jetzt zu LANXESS gehörenden Niederlassung bereit erklärt, mit der Sanierung zu beginnen und beispielsweise die Wasserrohre auszutauschen. Taten hat LANXESS dieser Ankündigung allerdings nur spärlich folgen lassen, kritisieren die UmweltschützerInnen. Die Aufräumarbeiten kommen nicht voran und allzu viele neue Wasserleitungen möchte das Chemie-Unternehmen auch nicht verlegen.

UNEP-Direktor kritisiert BAYER & Co.

Der bundesdeutsche Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Achim Steiner, hat den Widerspruch zwischen Worten und Taten kritisiert, den BAYER & Co. in Sachen „Klimaschutz“ an den Tag legen. „Was mich in den letzten Monaten überrascht hat, ist eine gewisse Doppelzüngigkeit der Industrie“, sagte Steiner im Hinblick auf Lippenbekenntnisse zur Kohlendioxid-Reduzierung bei internationalen Konferenzen und nachfolgender klimaschädigender Realpolitik der Unternehmensverbände.

KAPITAL & ARBEIT

3,9 Prozent mehr Lohn

Um 133 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro stieg der Gewinn von BAYER im Geschäftsjahr 2005. Die anderen Unternehmen der Branche verdienten fast ebenso gut. Deshalb mussten die Chemie-Firmen ihre Beschäftigten zumindest einen marginalen Anteil an den Zuwächsen gewähren. So einigten sich die

Tarifparteien im März 2007 auf eine Lohnsteigerung von 3,6 Prozent. Zudem vereinbarten Arbeitgeber und die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE eine Einmalzahlung, die 0,7 Prozent eines Monatsentgelts multizipiert mit dem Faktor 13 ausmacht. Diese kann allerdings entfallen, wenn der Betriebsrat des zahlungsunwilligen Unternehmens seine Einwilligung gibt. Zudem stimmten die Gewerkschaften abermals dem Vorgehen der Konzerne zu, bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen und Berufsanfängern nur 90 bis 95 Prozent des Tariflohns zu zahlen. Die kapitalfreundliche Presse kritisierte indessen das Verhandlungsergebnis. „Niemand will den Arbeitnehmern einen ordentlichen Schluck aus der Pulle vorenthalten. Doch diesmal haben sie den Mund zu voll genommen. Daran könnte sich nicht nur die Chemie verschlucken“, schrieb die *Faz* im Hinblick auf die noch kommenden Tarifrunden in anderen Wirtschaftszweigen.

SCHERING-Übernahme kostet Jobs

Gleich nach dem Kauf des Pharma-Unternehmens SCHERING kündigte BAYER an, 6.000 Arbeitsplätze vernichten zu wollen. Im März 2007 konkretisierte der Leverkusener Multi seine Pläne. Er kündigte an, in der Bundesrepublik 1.500 Stellen zu streichen und mit 1.200 einen Großteil davon am Berliner Stammsitz der Neuerwerbung. Weder Proteste der Belegschaft noch Interventionen des Wirtschaftssenators Harald Wolf und des Bürgermeisters Klaus Wowereit - „Es kann nicht sein, dass durch die Übernahme Mitarbeitern die Zukunft genommen wird“ - konnten den Pharmariesen von seinem Tun abbringen. In Wuppertal stehen 160 Jobs zur Disposition, in Jena 140. Die restlichen Arbeitsplätze baut der Konzern im übrigen Europa (1.650), in Lateinamerika und Kanada (1.200) und Asien (750) und in den USA (1.000) ab. Im US-amerikanischen Connecticut konnte den Pharma-Riesen noch nicht einmal das Locken mit einem Steuer-Nachlass in Höhe von 60 Millionen Dollar von der Schließung des Standortes abhalten.

Unfreundliche SCHERING-Übernahme

In der Übernahme-Schlacht um SCHERING trat BAYER als „weißer Ritter“ auf, der den Berliner Pharma-Multi im letzten Moment aus den Klauen des „bösen“ MERCK-Konzerns befreit. Auch nach dem Kauf demonstrierten BAYER-Boss Werner Wenning und SCHERING-Chef Hubertus Ehlen stets gutes Einvernehmen, und die Leverkusener Edelmänner ließen dem Traditionsunternehmen sogar den Namen. Das war aber auch alles. Bei weniger weichen Themen gab sich BAYER unerbittlich. Im fünfköpfigen Vorstand des neu gegründeten Pharma-Riesen fanden sich zunächst nur zwei ehemalige SCHERING-Manager wieder. Und im Januar 2007 war es dann nur noch einer. Der für Forschung und Entwicklung zuständige Marc Rubin musste gehen. „Es ist eine mit aller Härte durchgesetzte Übernahme. Das bekommen jetzt die Mitarbeiter zu spüren“, kommentierte Malte Diesselhorst von der „Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz“ den Vorgang.

BAYER verkauft WOLFF WALSRÖDE

Die 17 Milliarden Euro teure SCHERING-Übernahme fordert einen weiteren Tribut. Nachdem BAYER im November 2007 HC STARCK verkauft hatte, stieß der Konzern im Monat darauf WOLFF WALSRÖDE ab. DOW CHEMICAL erwarb die Tochtergesellschaft. Den Preis schätzen MarktbeobachterInnen auf 400 bis 500 Millionen Euro. Bei den Beschäftigten beginnt nun das Zittern um ihre Arbeitsplätze.

LANXESS verkauft Textilchemikalien

Der arbeitsplatzvernichtende Spaltungsprozess von BAYERs Chemie-Abspaltung LANXESS geht munter weiter. Nachdem der Konzern im Mai 2006 das Geschäft mit dem Styrol-Kunststoff SAN an BASF veräußerte, verkaufte er im Januar 2007 die Textilchemikalien-Sparte. Den nordamerikanischen Geschäftsteil erwarb STARCHEM, der Rest ging an den niederländischen Finanzinvestor EGERIA im Verbund mit den ehemaligen ManagerInnen des Unternehmensteiles.

LANXESS: Aus für Langenfeld

BAYERs Chemie-Abspaltung LANXESS macht den Standort Langenfeld dicht. Das Unternehmen will alle Vertriebsaktivitäten künftig vom Stammsitz Leverkusen aus steuern. 121 LangenfelderInnen wechseln dorthin, 30 gehen nach Dormagen oder Krefeld. Dem Rest bleibt nur die Arbeitslosigkeit. „Für die verbleibenden Mitarbeiter aus der Verwaltung, deren Arbeitsplätze dann entfallen, werden gegenwärtig in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat Lösungen gesucht“, umschreibt es die LANXESS-Presseinformation.

„Lebenslüge Vollbeschäftigung“

Der BAYER-Aufsichtsrat und Vorsitzende der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Hubertus Schmoldt, hat die Ansicht, ein konjunktureller Aufschwung könne die Arbeitslosigkeit signifikant abbauen, als „Lebenslüge“ bezeichnet. Schmoldt empfahl dagegen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen einen staatlich alimentierten Billiglohnsektor einzurichten. Das schmale Salär, das BAYER & Co. dann nur noch zu zahlen haben, soll die „Bundesagentur für Arbeit“ dann um 20 Prozent aufstocken. Der Gewerkschaftsvorsitzende findet auch nichts dabei, wenn Beschäftigte zwei Jobs annehmen müssen, um sich durchzuschlagen, da sei er sich des Dissenses mit seinen DGB-Kollegen durchaus bewusst, so der IG BCEler zur *Faz*.

Mitbestimmungskommission gescheitert

Der neoliberal entfesselte Kapitalismus setzt auch das bundesdeutsche Modell der Mitbestimmung unter Druck. Auf Vorschlag des BAYER-Aufsichtsrats und Vorsitzenden der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Hubertus Schmoldt, hatte der damalige Bundeskanzler Schröder deshalb eine Kommission ins Leben gerufen, die Empfehlungen zur Mitbestimmung „in Zeiten der Globalisierung“ vorlegen sollte. Dem unter der Leitung von Kurt Biedenkopf stehenden Gremium gehörten Gewerkschaftler, Unternehmer und Wissenschaftler an, die unterschiedliche Zielrichtungen verfolgten. BDI-Präsident Jürgen Thumann und seine Kollegen

sahen die Runde als ein willkommenes Instrument an, die Mitbestimmung zu demonstrieren, was auf den Widerstand von DGB-Chef Michael Sommer stieß. Deshalb konnte Biedenkopf der Presse im Dezember 2006 keinen gemeinsamen Abschlussbericht präsentieren. Schmoldt, welcher der Kommission nicht angehörte, gab aber nicht auf und schlug Mindeststandards zur Mitbestimmungsreform wie einen bloß noch 12-köpfigen, auch mit Arbeitnehmervertretern von ausländischen Niederlassungen besetzten Aufsichtsrat vor.

Keine Altersgrenze für ManagerInnen

Durch Regelungen zur Altersteilzeit und andere Instrumente hat der Leverkusener Multi ältere Beschäftigte konsequent aus dem Erwerbsleben gedrängt. Nur sich selbst hat der Vorstand vor dem Jugendwahn verschont, so dass die Konzern-Spitze auch die Spitze der BAYER-Alterspyramide bildet. Und dies soll nach Ansicht von BAYER-Chef Werner Wenning auch so bleiben. Da der 59-Jährige eigentlich mit dem 63. Lebensjahr ausscheiden müsste, betrieb er schon mal Arbeitsplatzsicherung in eigener Sache und brach eine Lanze für rüstige Senioren von seinem Schläge. „Ich halte nichts von starren Altersgrenzen“, vertraute er der *Bild am Sonntag* an, für den Vorstandsvorsitzenden ist das Karriere-Ende „keine Frage von jung oder alt, sondern eine Frage der Leistungsfähigkeit“.

BKK erhöht ihre Beiträge

Die bitter teuren Pillen des Leverkusener Multis bereiten auch der eigenen Betriebskrankenkasse BAYER BKK Kopfschmerzen. Um die ständig steigenden Ausgaben für Medikamente finanzieren zu können, musste diese ihren Beitragssatz auf 13,5 Prozent anheben.

BKK fusioniert mit FORTISNOVA

Die hausgemachten Finanzprobleme (s. o.) haben BAYERs Betriebskrankenkasse zu einer Fusion mit der BKK FORTISNOVA bewogen. Der Zusammenschluss zur BKK NOVA - nunmehr eine der 10 größten Betriebskrankenkassen der Bundesrepublik - soll „Verwaltungskosten“, also Arbeitsplätze sparen. Betriebsbedingte Kündigungen schloss der Leverkusener Multi einstweilen allerdings aus.

Arbeitsplatzvernichter Nr. 3

Auf der Hitliste der Top-Arbeitsplatzvernichter des Jahres 2006 belegt BAYER mit dem Abbau von 6.000 Jobs Platz 3. Nur VOLKSWAGEN und ALLIANZ strichen mehr Stellen.

Mehr Profit, weniger Beschäftigte

1980 sorgten in der Chemiebranche 560.000 Beschäftigte für einen Umsatz von 70 Milliarden Euro. Im Jahr 2006 waren es nur noch ca. 430.000, während die Einnahmen auf 160 Milliarden stiegen. Da haben BAYER & Co. dank der gestiegenen Arbeitsproduktivität ihrer MitarbeiterInnen über die Jahre einen ganz schönen Schnitt gemacht.

Das Ende des Konsenses?

Rolf Nietzard, der inzwischen pensionierte ehemalige Betriebsratsvorsitzende von BAYER, sieht schwerere Zeiten

auf den Leverkusener Multi zukommen. Vor seinem geistigen Auge erscheinen schon Kundgebungen mit mehreren tausend TeilnehmerInnen vor den Leverkusener Werkstoren. „Wenn die Leute Angst um ihren Arbeitsplatz haben, gibt es auch in der Chemie keinen Konsens“, so Nietzard in der *Zeit*.

Sparen, sparen, sparen

Die Übernahme von SCHERING durch BAYER führt nicht zu einer blühenden Forschungslandschaft mit den entsprechenden Erträgen. Im Gegenteil: Kahlschlag ist angesagt. „Sparen, sparen, sparen, heißt die Devise. Als Pharma-ManagerInnen beim „Integrationsteam“ nachfragten, ob auch eine Expansion und damit verbunden eine Erhöhung der Erlöse zu den künftigen Geschäftszielen von BAYER SCHE-RING PHARMA gehöre, beschieden die FusionistInnen ihnen kurz und knapp: „Sie werden daran gemessen, wie Sie Ihr Ziel, die Kosten zu senken, erreichen“. Als erste Maßnahme kündigte BAYERs neuer Pharma-Chef Arthur Higgins eine Großinventur aller in der Pipeline befindlichen Pillen mit dem Ziel einer Ausmusterung wenig aussichtsreicher Kandidaten an. Higgins will lieber externes Know-how zukaufen und weiterverarbeiten. Das dürfte in den Labors von BAYER SCHE-RING PHARMA so einige Jobs kosten.

POLITIK & EINFLUSS

Wenning & Co. schreiben Merkel

Vor einigen Jahren hat die EU den Emissionshandel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten eingeführt. Er sieht vor, BAYER & Co. CO₂-Emissionen nur in einer bestimmten Menge zu gestatten. Alles, was über ein solches Limit hinausgeht, sollte den Konzernen teuer zu stehen kommen, weil sie dafür Verschmutzungsrechte kaufen müssten. Damit wollte Brüssel Anreize zu Klimaschutz-Maßnahmen schaffen. Diese blieben allerdings weitgehend aus: Die Lizenzen zum CO₂-Ausstoß waren so großzügig bemessen und überdies kostenlos, dass die Schornsteine der Industrie weiterhin nach Lust und Laune qualmen konnten. „Noch nie war es so billig, die Umwelt zu belasten“, urteilt etwa die *Faz*. Und die Bundesregierung tat nichts, um für eine Preiserhöhung zu sorgen. Der neue Nationale Allokationsplan bezog zwar erstmals auch Chemie-Anlagen in den Emissionshandel ein, beantragte bei der Europäischen Union jedoch Verschmutzungsrechte in Höhe von 465 Millionen Tonnen. Der EU-Umweltkommissar Stavros Dimas lehnte das jedoch ab und drückte die Zahl auf 453 Millionen Tonnen. Da sahen BAYER & Co. mal wieder den Untergang des Abendlandes heranziehen. BAYER-Chef Werner Wenning und die Bosse anderer Unternehmen schrieben einen Brandbrief an Angela Merkel. „Damit drohen Konsequenzen nicht nur für die Versorgungssicherheit, sondern auch für Arbeit und Wertschöpfung am Standort Deutschland“, schrieben sie und forderten eine politische Intervention. Diese Dreistigkeit erboste sogar konservative Politiker. „Der BDI muss sich entscheiden, ob er sich ernsthaft für den Klimaschutz engagieren oder an der Realisierung der Klimakatastrophe arbeiten will“, meinte etwa der CDU-Politiker Günter Krings. Die

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN nahm das Vorgehen der Manager zum Anlass, ebenfalls ein Schreiben an Angela Merkel aufzusetzen (siehe auch AKTION & KRITIK).

EU-Parlament verabschiedet REACH

Am 13.12.06 hat das EU-Parlament das Chemikaliengesetz REACH verabschiedet. Nur die Fraktionen der Linken und der Grünen stimmten dagegen. „Die Verordnung trägt klar die Handschrift der deutschen Chemiebranche“, sagte die Grünen-Abgeordnete Hiltrud Breyer zur Begründung der Ablehnung. BAYER & Co. müssen dank ihrer erfolgreichen Lobby-Arbeit jetzt nur noch 30.000 Chemikalien auf ihre gesundheitsschädliche Wirkung hin untersuchen. Für chemische Altlasten reicht es überdies, einen einfachen Grunddatensatz vorzulegen. Elf Jahre haben die Konzerne dafür Zeit. Auch besteht für sie nicht mehr - wie ursprünglich geplant - die Pflicht, gefährliche Stoffe vom Markt zu nehmen. Krebserregende Substanzen etwa, für die es keinen Ersatz gibt, darf die Industrie weiter vermarkten, wenn die Produktion in geschlossenen Kreisläufen verläuft oder die „Chemie im Alltag“ einen bestimmten Grenzwert nicht überschreitet. Gibt es eine Alternative, so können die Unternehmen erst einmal auf Zeit spielen und einen „Substitutionsplan“ erstellen.

Die REACH-Connection

Bis zuletzt arbeitete BAYER daran, das am 13. Dezember 2006 vom EU-Parlament verabschiedete Chemikaliengesetz REACH (s. o.), das die Untersuchung von chemischen Substanzen auf ihre gesundheitsschädliche Wirkung hin vorschreibt, im Sinne der Industrie zu gestalten. Dabei konnte der Konzern sich der Allianzen bedienen, die er auf Landesebene im Rahmen des „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ (siehe SWB 3/06) geschlossen hatte. Die NRW-Regierung stellte nämlich ihre Brüsseler Landesvertretung für ein „Seminar“ zum Thema „REACH“ zur Verfügung, an dem Emissäre von BAYER und DEGUSSA sowie übliche Verdächtige wie der bei BAYER ein und ausgehende nordrhein-westfälische EU-Abgeordnete Karl-Heinz Florenz CDU in seiner Funktion als Vorsitzender des Umweltausschusses der Europäischen Union teilnahmen.

Carmichael Direktor des ECETOC

Das „European Centre for Ecotoxicology and Toxicology of Chemicals“ (ECETOC) ist so eine Art Ökoinstitut der Industrie. Immer wenn von Seiten der EU-Umweltpolitik Ungemach droht, spuckt das ECETOC eine entlastende Expertise aus. Wissenschaftliche Erkenntnisse stören dabei nicht weiter, im 20-köpfigen Beirat sitzen nur zwei Forscher und einer davon ist der alte BAYER-Bekannte Helmut Greim (*Ticker* 3/04). Der Toxikologe stand der BAYER-Tochter DESOWAG im Frankfurter Holzgifte-Prozess treu zur Seite und bescheinigte dem Gericht, der Wirkstoff Pentachlorphenol sei unschädlich. Auch in Genehmigungsverfahren für Müllverbrennungsanlagen vertrat er die Interessen der Industrie und spielte die Dioxin-Gefahr herunter. Das brachte ihm zahlreiche Jobs ein. So sitzt er der MAK-Kommission vor, welche die Höchstgrenzen für Schadstoff-Belastungen am

Arbeitsplatz festlegt, und berät das Bundesumweltamt sowie das Bundesumweltministerium. Im Frühjahr konnte BAYER seinen Einfluss auf das Institut noch vergrößern. Der Obertoxikologe von BAYER CROPSCIENCE, Dr. Neil Carmichael, ergattete den Posten des ECETOC-Direktors.

Gen-Mais: Druck auf Österreich

Österreich hat vor einiger Zeit ein Import-Verbot für Gen-Mais von BAYER und MONSANTO verhängt. Der Leverkusener Multi hat danach alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Druck auf das Land auszuüben. So sollte auch die EU-Kommission den Alpenstaat auffordern, die Entscheidung rückgängig zu machen, was aber an einem Veto der Bundesrepublik scheiterte.

Winnacker will mehr Stammzellen

In den letzten Monaten seiner Amtszeit als Vorsitzender der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ trat der BAYER-Aufsichtsrat Ernst-Ludwig Winnacker noch einmal vehement für eine Änderung des Stammzell-Gesetzes von 2002 ein. Es erlaubt Forschungen mit Stammzellen aus zuvor getöteten Embryos, allerdings nur mit bis zum Jahr 2002 gewonnenen, da der Gesetzgeber BAYER & Co. nicht die Lizenz zum Töten geben wollte. Eben diese möchte Winnacker jetzt haben. Er forderte, die Stichtagsregelung ganz aufzuheben, und die FDP machte sich seinen Vorschlag zu Eigen. Der Bundestag lehnte einen entsprechenden Antrag der Partei am 1. Februar 2007 jedoch ab.

Neues Gentechnikgesetz

Das Bundeskabinett einigte sich Ende Februar 2007 auf Eckpunkte zum geplanten Gentechnik-Gesetz. Die Gentechnik bietet „interessante Perspektiven“ für die Ernährung, Energie- und Rohstoffversorgung, heißt es dort forsch. Von Risiken und Nebenwirkungen ist dagegen nicht viel die Rede. Im Falle eines Falles will der Staat die Haftung übernehmen, etwa wenn den WissenschaftlerInnen von BAYER & Co. etwas daneben, d. h. auf die Felder mit konventionell oder ökologisch angebauten Ackerfrüchten geht. Für GAUs im kommerziellen Anbau soll künftig ein Fonds der Biotech-Branche aufkommen. Bei deren Definition zeigte sich das Verbraucherschutz-Ministerium allerdings großzügig. Erst ab einem Verunreinigungsanteil von 0,9 Prozent können LandwirtInnen Entschädigungen verlangen. Da für Bio-Produkte die Grenze bei 0,1 Prozent liegt, bedeutet das eine existenz-bedrohende Gefährdung der ökologischen Landwirtschaft. Zur Sicherung der friedlichen Koexistenz zwischen gentechnischer und traditioneller bzw. ökologischer Landwirtschaft sieht der Entwurf eine Abstandsregelung vor, die kaum ein probates Mittel gegen Auskreuzungen darstellt. Zudem fällt sie mit 150 Metern deutlich knapper aus als in vielen europäischen Ländern - in Luxemburg z. B. gelten 800 Meter. Die Blütenpollen überallhin tragenden Bienen beispielsweise pflegen sich sowieso nicht an solche Regularien zu halten, weshalb Seehofer & Co. auch nicht die Absicht haben, ImkerInnen für etwaige Gen-Kontaminationen haftbar zu machen. Als „Vorstufe für ein Gentechnik-Durchmarsch-Gesetz“ bezeichnete der BUND FÜR UMWELT UND NATUR-

SCHUTZ (BUND) den Entwurf aus diesen Gründen. Die Gentech-Lobby von BAYER & Co. hat also wieder einmal ganze Arbeit geleistet.

BAYER & Co. kooperieren mit dem BKA

„Weltkrieg um Wohlstand“ und „Der neue kalte Krieg. Kampf um die Rohstoffe“ - so lauten die Titel zweier populärer Wirtschaftsbücher. Der martialische Tonfall zeugt von einer zunehmenden Aggressivität bei der Jagd nach Profiten. Im Zuge dieser Aufrüstung bauen BAYER & Co. zunehmend auf eine Kooperation mit den Geheimdiensten. Vereinbarten die Konzerne bereits im April 2006 einen verstärkten Informationsaustausch mit dem Bundeskriminalamt (*Ticker* 2/06), so kam es nach Informationen von www.german-foreign-policy.com nun zur Einrichtung einer „Zentralen Koordinierungsstelle zur Weitergabe von Sicherheitsinformationen zwischen Staat und Wirtschaft“. Das „Bereitstellen von Risikoanalysen durch staatliche Ressorts und Nachrichtendienste bei der Erschließung neuer Märkte sowie Produktions- und Entwicklungsstandorte“ sowie Unterstützung bei der Eindämmung der Produktpiraterie erwartet sich der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ hauptsächlich von den Schlapphüten.

BAYER & Co. lassen spionieren

Der so genannte Krieg gegen den Terror lässt dem CIA und anderen Geheimdiensten noch genug Zeit, mit ihrer Schnüffelei auch etwas für den heimischen Standort zu tun und Wirtschaftsspionage zu betreiben. Die hiesigen Dienste zieren sich dabei noch ein wenig, obwohl Besserung naht (s.o.). Nach Aussage des Geheimdienst-Experten Udo Ulfkotte fragen BAYER & Co. solche Geheimdienstleistungen deshalb mit Vorliebe bei russischen SpionInnen oder speziellen Consulting-Agenturen nach.

Neue Weichmacherstudie erschienen

Weichmacher wie das von BAYER hergestellte Bisphenol A können wegen ihrer hormonähnlichen Wirkung die Hirnentwicklung stören sowie Krebs, Unfruchtbarkeit oder Erbgutschädigungen verursachen. Darum fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gemeinsam mit anderen Verbänden seit Jahren ein Verbot dieser Stoffe. Jetzt kommt der Brüsseler Think-Tank „Centre for the New Europe“, nach eigener Aussage „Europas führender ‚freier Markt‘-Think-Tank in Brüssel“, den bedrängten Chemie-Multis zur Hilfe. Sein Umweltforumsleiter Edgar Gärtner veröffentlichte das Entwarnungsbuch „Vorsorge oder Willkür? - Kunststoff-Weichmacher im politischen Kreuzfeuer“. Seit Urzeiten haben sich die Weichmacher Gärtner zufolge als „Chemie im Alltag“ bewährt: „Selbst für die beeindruckenden Höhlenmalereien (...) brauchten die Steinzeitmenschen Weichmacher“. Ob der Autor mit solchen wissenschaftlich zweifelhaften Ausgrabungen allerdings sein Ziel erreicht, bleibt dahingestellt - selbst der unternehmerfreundlichen *Faz* war seine Argumentation zu primitiv.

EU lockert Bisphenol-Grenzwert

Trotz der zahlreichen gesundheitsgefährdenden Nebenwirkungen des von BAYER hergestellten Weichmachers BISPHENOL A (s. o.) hat sich die EU-Lebensmittelbehörde EFSA zu einer Lockerung der Grenzwerte in Nahrungsmitteln entschlossen. Sie hob das gesetzlich noch verträgliche Maß drastisch von 10 auf 50 Mikrogramm pro Kilogramm Körpergewicht an und berief sich dabei auf eine neue Studie von US-amerikanischen WissenschaftlerInnen mit besten Beziehungen zur Kunststoff-Industrie.

Merkel bei BAYER

BAYER, SIEMENS, BERTELSMANN und die anderen „Partner für Innovation“ haben unter anderem die berühmt-berüchtigte „Wir sind Deutschland“-Kampagne verbrochen, die dann in das - angeblich so ganz spontane - weltmeisterliche Fahnenmeer mündete. Am 26. Oktober 2006 zog die Initiative am Berliner Sitz von BAYER SCHERING PHARMA Bilanz und konnte aus diesem unfeierlichen Anlass hohen Besuch begrüßen. Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel zählten auch Wirtschaftsminister Michael Glos und Kanzleramtsminister Dr. Thomas de Maizière zu den Gästen. In ihrer Rede dankte Angela Merkel BAYER & Co. für die Überdosis „Patriotismus“, „die aus meiner Sicht weit über den engen Innovationsbereich hinaus ein Stück Stolz und Selbstbewusstsein geformt hat, was ja die Voraussetzung dafür ist, dass man überhaupt vorankommt.“ Von den Antichambrierkünsten des BAYER-Aufsichtsrats Hubertus Erlen bei den Treffen mit den „Partnern für Innovation“ zeigte sich die Kanzlerin besonders angetan. „Deshalb, Herr Erlen wäre es fahrlässig von Ihnen gewesen, wenn Sie nicht etwas zu dem gesagt hätten, was aus Ihrer Sicht im Zusammenhang mit der pharmazeutischen Industrie noch verbesserungswürdig ist. Wir werden das in unseren Herzen bewegen und es noch einmal in den Anhörungen behandeln“, sprach die Kanzlerin, die sich mit einem „Wir bleiben in Kontakt“ von den Konzernchefs verabschiedete.

Wenning kritisiert Gesundheitspolitik

Trotz prächtiger Pillen-Profite kritisiert BAYER-Chef Werner Wenning die bundesdeutsche Gesundheitspolitik. „Auch unsere zentralen Kritikpunkte sind die geplante Einführung von Höchstbeträgen für Arzneimittel, die vorgesehene Methodik zu einer Kosten-Nutzen-Bewertung und die fehlenden Elemente zu mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen“, sagte er in einem *Faz*-Interview. Die nach oben hin offene Preisgestaltung der Pharma-Multis zu deckeln, hält Wenning für kommunistisch und mit dem für die Bundesregierung Kosten/Nutzen-Analysen von Medikamenten vornehmenden „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ hadert BAYER von Beginn an, weil der Konzern bei den Expertisen gern ein Wörtchen mitreden würde. Aber der Vorstandsvorsitzende sieht auch einen Silberstreif am Horizont, der noch schneller in die heiß ersehnte 2-Klassen-Medizin führen könnte. Werner Wenning wünscht sich grünes Licht für die Krankenkassen, um unterschiedliche Leistungsangebote zu unterschiedlichen Tarifen anzubieten und gibt sich hoffnungsfroh: „Erfreulicherweise gibt es

dafür erste Hinweise im jetzt vorliegenden Entwurf zur Gesundheitsreform", meint der Große Vorsitzende.

Höfs bei Holocaust-Konferenz

Der bekennende - und bereits vorbestrafte - Neonazi Dr. Hans-Ulrich Höfs, der im Leverkusener BAYER-Werk als Abteilungsleiter arbeitet (*Ticker* berichtete mehrfach), nahm an der Konferenz der Holocaust-Leugner in Teheran teil. Höfs war Bundesvorsitzender des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ und gründete 1989 in Krefeld die „Republikaner“. Seitdem er seine Mitwirkung dort einstellte, treibt er sein Unwesen im „Krefelder Gesprächskreis - Deutsche Politik“ und im „Krefelder Forum Freies Deutschland“, das neuerdings auch zum Trägerkreis der rechtsextremen Denkfabrik „Deutsche Akademie“ gehört. Selbst von einer 1996 wegen „Volksverhetzung“ erfolgten Verurteilung ließ sich Höfs nicht von seinem Tun abhalten. Und der Leverkusener Multi schert sich nicht darum, was sein Angestellter in seiner Freizeit tut. Eine Ermahnung erfolgte lediglich, als Höfs sich auch innerhalb des Betriebes rechtsextremistisch betätigen wollte. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat sich in der Vergangenheit bereits mehrmals an Aktionen gegen den Neonazi in BAYER-Diensten beteiligt.

Israelischer Politiker bei BAYER

Im Herbst 2006 besuchte der israelische Umweltminister Gideon Ezra die Leverkusener BAYER-Werke und informierte sich im Klärwerk Bürrig über die Entsorgungstechnik. Dass der Konzern allein an seinem Stammsitz im „Dritten Reich“ über 9.000 ZwangsarbeiterInnen zu Frondiensten zwang, hielt den Politiker offenbar nicht von seiner Reise ab.

Ökosteuern adé

Für BAYER und andere Energie-Großverbraucher hält die Ökosteuern großzügige Ausnahmeregelungen parat (*Ticker* 3/06). Nach dem jüngsten Subventionsbericht der Bundesregierung beträgt ihr Geldwert jährlich 5,4 Milliarden Euro. Aber der Großen Koalition reicht das noch nicht. Sie will bei der Ökosteuern so lange nachbessern, bis nichts mehr von ihr übrig bleibt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schulz spricht das ganz offen aus. „Deswegen werden wir die Höhe der Energiesteuern für das Produzierende Gewerbe wieder auf den Stand von 1998 - also vor Einführung der Ökosteuern - zurückführen“, so der Politiker. Als Mittel dazu dient das „Biokraftstoff-Quotengesetz“, das BAYER & Co. nicht nur Abschlüsse auf die Ökosteuertarife, sondern auch auf andere Energiesteuern einräumt.

Steuernachlass für BAYER

Die in der Nähe New Yorks gelegene Niederlassung von BAYER HEALTH CARE erhielt von den staatlichen Stellen 375.000 Dollar Steuern erlassen.

Kampf um mehr Gewerkschaftsrechte

Gewerkschaften haben in den USA nicht viele Rechte, weshalb die Wirkmächtigkeit und in der Folge auch der Organisationsgrad nicht groß sind. Für BAYER ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor: Nur in wenigen seiner US-Niederlassungen muss der Konzern sich mit Gewerkschaften

herumschlagen. Und wenn es an Werkschließungen geht, sucht sich der Leverkusener Multi mit Vorliebe solche mit ArbeiternehmerInnen-Vertretungen aus, wie zuletzt in Elkhart geschehen (*Ticker* 2/02). Anfang des Jahres brachten die Demokraten nun einen Gesetzesentwurf zur Stärkung der Gewerkschaftsrechte in den Kongress ein. Unter anderem will das Paragrafen-Werk die Strafe für Unternehmen erhöhen, die ihren Beschäftigten das Organisationsrecht streitig machen. Der „Employee Free Choice Act“ erhielt auch die erforderliche Stimmenmehrheit, aber George W. Bush kündigte bereits ein Veto ein. Er weiß halt, was er seinen Konzernen schuldig ist. Allein BAYER unterstützte seinen Wahlkampf mit 120.000 Dollar.

BAYER-Vorsitz für kanadischen VFA

Der vom Leverkusener Multi gegründete „Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller“ hat auch einen kanadischen Ableger. Da war es Ehrensache, dass BAYERs Kanada-Chef Philip Blake im Jahr 2006 den Vorsitz von „Canada's Research-Based Pharmaceutical Companies“ übernahm.

PROPAGANDA & MEDIEN

CO₂: BAYER lügt weiter

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte BAYER beim Klimaschwindel ertappt und die vom Konzern stets mit stolzgeschwellter Brust vorgetragene Zahl von 60 Prozent weniger Kohlendioxid auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Wie die CBG nachwies, hatte der Multi die Reduzierung größtenteils nicht durch Investitionen in den Umweltschutz erreicht, sondern durch Betriebsschließungen, Verkäufe von Unternehmensteilen und ein Outsourcing der Energie-Produktion. Aber BAYER ficht das nicht an. Der Global Player bezeichnet sich selber weiterhin unverdrossen als Klimaschützer. Jetzt sogar um 70 Prozent will er seinen CO₂-Ausstoß in den letzten 15 Jahren gesenkt haben. Und manche fallen nach wie vor auf die Klimälüge rein. Die Investorengruppe des „Carbon Disclosure Project“ zeichnete das Unternehmen auch im Jahr 2006 wieder als eines der weltweit führenden in Sachen „Klimaschutz“ aus.

Nachhaltigkeitsbericht prämiert

Die „Deutsche Wirtschaftsprüfungskammer“ hat den Nachhaltigkeitsbericht von BAYER prämiert. Der Umweltstaatssekretär Michael Müller (SPD) überreichte dem Konzern den „Deutschen Umwelt Reporting Award“ im Umweltministerium. Wie wenig nachhaltig der Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens ist, hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN am Beispiel „Reduktion von CO₂-Emissionen“ belegt. Sie beruhen nämlich hauptsächlich auf umweltschutz-fernen Maßnahmen wie Betriebsstilllegungen und Ausgliederung der Energie-Versorgung. Darum protestierte die CBG in einem Brief an Umweltschutzminister Sigmar Gabriel auch gegen die Verleihung des Preises an BAYER.

BAYERs unermüdliche Klimapolitik

Die Image-Aktivitäten BAYERs im Klima-Bereich stehen in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den wirklichen Taten (s. o.). Jetzt hat der Klima-Sünder gemeinsam mit 15 anderen üblichen Verdächtigen aus dem Unternehmenslager auch noch die Initiative „Combating Clima Change“ gegründet.

BAYER sponsort BodybuilderInnen

Der Leverkusener Multi tritt als Sponsor des „Bodybuilding Szene Shops“ auf. Produkte des Konzerns erfreuen sich nämlich bei den Muskelmännern und -frauen äußerster Beliebtheit. Viele BodybuilderInnen machen eine spezielle Diät, in der sie auf Kohlehydrate verzichten, um den Körper zur Fettverbrennung anzuregen. Der Organismus wandelt das Fett dann in so genannte Ketone um und scheidet es aus. Und um zu prüfen, ob die nicht eben risikolose Operation gelungen ist, greifen die Bizeps-FetischistInnen zu den BAYER KETOSTIX-Teststreifen, die der „Bodybuilding Szene Shop“ natürlich auch im Angebot hat.

BAYER lädt JournalistInnen ein

Im Rahmen der „BAYER Innovationsperspektive 2006“ bot der Leverkusener Multi auch vier workshops für JournalistInnen an. Dort diktierte der Konzern den SchreiberInnen sein segensreiches Wirken auf den Gebieten „Gefäßkrankheiten“, „neue Kunststoffe“, „Agrochemikalien“ und „rationellere Wirkstofftests“ in die Feder.

BAYER sponsort JournalistInnen-Preis

Die irische BAYER-Niederlassung hat 2006 erstmals den seit 18 Jahren von der Tageszeitung *Daily Telegraph* für populärwissenschaftliche Zeitungsbeiträge gestifteten Preis gesponsort und sorgte so dafür, dass die Auszeichnung nicht in konzern-kritische Hände gerät. Den „*Daily Telegraph* and BAYER Science Writer Award 2006“ gewannen Lilli Farzenah und Philip Broadwith. Farzenah erhielt die Auszeichnung für einen Artikel über Bakterien, die Ackerfrüchte wie etwa die von BAYER umfunktionierten Tabakpflanzen (siehe GENE & KLONE) zu Wirkstofffabrikanten machen. Broadwith prämierten die JurorInnen für ein Werk über die „Metathese“ genannte chemische Reaktion, die es den Chemie-Multis erlaubt, Naturstoffe im Reagenzglas nachzubauen.

USA: Pharmawerbung für 300 Mio. \$

BAYERs Pillen-PR geht mächtig ins Geld. 300 Millionen Dollar gab allein die US-Division von BAYER HEALTH CARE in den ersten neun Monaten des Jahres für Anzeigen-Kampagnen aus, die Schmerzmittel wie ASPIRIN und ALEVE, das PatientInnen einem erhöhten Herzinfarktrisiko aussetzt (s. u.), sowie Vitaminpillen anpriesen. Allein 40 Millionen Dollar kostete die unter dem Titel „Expect Wonders“ laufende ASPIRIN-Kampagne. Die sich bei den PatientInnen dagegen wider Erwarten eingestellt habenden Nebenwirkungen bewogen die US-amerikanische Gesundheitsbehörde deshalb schon dazu, BAYER zu Warnhinweisen auf den Beipackzetteln zu veranlassen (siehe auch DRUGS & PILLS).

Teure ÄrztInnen-Werbung

Um ihre Pillen an den Medizin-Mann und die Medizin-Frau zu bringen, geben BAYER & Co. jährlich 35.000 Euro pro Nase aus. Auf diese Summe beläuft sich der Etat der Pillen-Produzenten für Pharma-VertreterInnen, Broschüren, Kongresse und „sonstige Zuwendungen“ laut einer Studie der Wissenschaftlerin Kirsten Schubert vom „Zentrum für Sozialpolitik“ der Universität Bremen.

TIERE & ARZNEIEN

Forum für Veterinärkrankheit gegründet

Manche tierische Gesundheitsstörung ist einfach zu unbekannt, um BAYER den massenhaften Absatz von Produkten zu ermöglichen. Leishmaniose zum Beispiel, die zu den so genannten Vektorkrankheiten zählt, weil Insekten den Erreger übertragen, kennt kein Schwein. Der Leverkusener Multi hat sich deshalb entschlossen, ein wenig PR für Vektorkrankheiten zu machen und gründete das „Canine Vector-Borne-Diseases World Forum“, das ihm das passende Werbeumfeld für sein angeblich vor Leishmaniose schützendes Antiparasitikum ADVANTIX bietet.

DRUGS & PILLS

Aus für Blutgerinnsel-Arznei

„Erfolg versprechendes Thrombose-Medikament in der Pipeline“, verkündete der BAYER-Geschäftsbericht 2005. Das Konzern-Magazin *Research* pries es schon einmal unter der Überschrift „Gentechnik gegen Blutgerinnsel“ an. Eine Anzeigen-Kampagne schließlich komplettierte die konzertierte Aktion: Sie stellte schon einmal ungedeckte Schecks auf die Zukunft aus und weckte Hoffnungen auf einen Einsatz als Mittel zur Schlaganfall-Prävention. In der dritten und letzten Testphase kam aber die Ernüchterung über die Arznei, der die US-Gesundheitsbehörde FDA wegen erfolgversprechender Zwischenergebnisse sogar ein beschleunigtes Zulassungsverfahren zugebilligt hatte. Das gentechnisch aus einem Schlangengift-Enzym hergestellte Präparat konnte PatientInnen mit verstopften Arterien im Bein weder einen gefäßchirurgischen Eingriff ersparen noch Blutgerinnsel auflösen. Jetzt fällt beim Leverkusener Multi wieder einmal viel Altpapier an.

Herzinfarktgefahr durch ALEVE

Schmerzmittel wie BAYERs ALEVE können Herz und Kreislauf schädigen. Nach einer im Herbst 2004 vom US-amerikanischen „National Institute of Aging“ veröffentlichten Studie steigerte BAYERs Schmerzmittel ALEVE mit dem Wirkstoff Naproxen für die ProbandInnen das Risiko, einen Herzinfarkt zu bekommen, um 50 Prozent (*SWB* 1/05). Die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA zeigte sich alarmiert, überprüfte die Medikamentengruppe und gab im Jahr 2005 schließlich Entwarnung. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ zwang BAYER immerhin, im Kleingedruckten der Beipackzettel auf die „Nebenwirkung

Herzinfarkt“ hinzuweisen. Jetzt lieferte eine weitere Untersuchung neues Belastungsmaterial. WissenschaftlerInnen der „John Hopkins University School of Public Health“ testeten ALEVE und das Schmerzmittel CELEBREX auf ihre Verträglichkeit. Während das Herzinfarkt-Risiko der Placebo-Gruppe bei 5,6 Prozent und das der CELEBREX-PatientInnen bei 5,5 lag, betrug es bei den ALEVE-ProbantInnen 8,25 Prozent.

ASPIRIN kein Tausendsassa

BAYER bewirbt ASPIRIN gerne als „Tausendsassa“. Die „Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände“ sieht in dem Präparat allerdings kein Allheilmittel. Sie riet von einer Anwendung als Einschlafhilfe und als einem Mittel gegen den Kater ab und warnte wegen der zahlreichen Nebenwirkungen vor einer allzu häufigen Einnahme.

Längerer Beipackzettel für ASPIRIN

Die BAYER-Schmerzmittel ASPIRIN und ALEVE sowie andere Präparate dieser Medikamentengruppe haben große Nebenwirkungen. Allein in den USA sterben daran jährlich 16.000 Menschen. Die Zahl der Krankenhaus-Einlieferungen beläuft sich auf 200.000 Fälle. Die US-Gesundheitsbehörde FDA hat die Hersteller deshalb gezwungen, auf den Beipackzetteln der Arzneien künftig Risiken und Nebenwirkungen wie Magenbluten aufzuführen, wie in der Bundesrepublik schon länger üblich. Die Institution plant zudem, BAYER & Co. auch zu Warnungen vor Herz/Kreislauf-Erkrankungen zu verpflichten.

YAZ: Die Pille gegen Akne

Die US-Behörden haben BAYERS Verhütungsmittel YAZ auch als Mittel zur Behandlung von Akne zugelassen.

NEXAVAR bei Leberkrebs?

BAYERS zur Behandlung von Nierenkrebs im fortgeschrittenen Stadium zugelassenes Gentech-Präparat NEXAVAR musste unlängst einige Rückschläge verkraften. Der Leverkusener Multi brach klinische Erprobungen zur Therapie von Haut- und Bauchspeicheldrüsenkrebs wegen Erfolgslosigkeit ab (Ticker 4/06). Trotzdem versucht er unverdrossen, das Verschreibungsspektrum der Arznei mit einem Jahresumsatz von 127 Millionen Euro, die auf ihrem angestammten Anwendungsgebiet „Nierenkrebs“ als Mittel zweiter Wahl gegenüber dem PFIZER-Präparat SUTENT den kürzeren Licht, zu vergrößern. Der Pharmariese strebt jetzt eine Zulassung für die Indikation „fortgeschrittener Leberkrebs“ an.

Kein PTK bei Darmkrebs?

„Eine unserer vielversprechendsten Entwicklungen ist PTK/ZK. Dies ist ein so genannter Angiogenese-Hemmer, den wir gemeinsam mit der Firma NOVARTIS zur Behandlung von metastasiertem Dickdarmkrebs entwickeln“, hieß es im Jahr 2004 auf der SCHERING-Hauptversammlung. Wie so oft in der Genmedizin, kam die Ernüchterung schon wenig später. „Wahrscheinlich lässt sich der primäre Endpunkt der Studie, ein Überlebensvorteil mit der Substanz, nicht erreichen“, musste der seit kurzem zu BAYER gehörende Pharma-Konzern

2005 verkünden. Aber aufgeben wollte er nicht. Mit einem bescheideneren Ziel - der Verhinderung einer Verschlimmerung der Krankheit - strebten die WissenschaftlerInnen nunmehr eine Zulassung an. Aber das erscheint dem Partner NOVARTIS jetzt nicht mehr aussichtsreich genug. „Aus meiner Sicht ist PTK halbtot“, urteilt der Vorstandsvorsitzende Daniel Vasella.

FDA in der Diskussion

Bei einer Nachprüfung des dringend einer Erhöhung des Herzinfarkt-Risikos verdächtigen BAYER-Mittels TRASYLÖL täuschte der Leverkusener Multi die US-Gesundheitsbehörde FDA, indem er negative Studien-Ergebnisse unterschlug (SWB 4/06). Seither ist in den USA eine Diskussion um die Kompetenz der Behörde entbrannt, die Bevölkerung vor Risiken und Nebenwirkungen von Arzneien zu schützen. Deshalb forderte der Harvard-Professor Jerome Avorn in einem Artikel, den das Fachblatt *New England Journal of Medicine* veröffentlichte, mehr unabhängige Arznei-Untersuchungen. Die FDA will ihrerseits BAYER & Co. stärker zur Kasse bitten, um Pharma-GAU's besser verhindern zu können.

PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE

GAUCHO gegen Pflanzenstress

90 Milliarden Bienen raffte das BAYER-Pestizid GAUCHO mit dem Wirkstoff Imidacloprid innerhalb eines Zeitraumes von zehn Jahren in Frankreich dahin, weshalb das Land im Jahr 2004 die Ausbringung auf Sonnenblumen- und Maisfeldern untersagte. Trotzdem sucht der Leverkusener Multi unbeirrt nach weiteren Anwendungsmöglichkeiten für den auch unter dem Namen CONFIDOR vermarkteten Wirkstoff und preist ihn neuerdings auch als „Wellnesskur für Pflanzen“, die unter Wassermangel oder zu großer Hitze leiden, an.

GAUCHO-Verbot nützt

Der französische Staat untersagte im Jahr 2004 die Ausbringung des bienengefährlichen BAYER-Insektizides GAUCHO auf bestimmten Kulturen (s. o.) Jetzt hat der französische Imkerverband UNAP eine erste positive Bilanz des Verbotes gezogen. „Es gibt kein massives Bienensterben mehr“, so der UNAP-Präsident Henri Clément.

Selbstmorde unter LandwirtInnen

In Indien haben sich schon 15.000 LandwirtInnen getötet, weil sie sich von ihrer Arbeit nicht mehr ernähren konnten. Teures Gen-Saatgut und teure Pestizide, die ihre Baumwolle dann doch nicht vor Schadinsekten schützen konnten, haben sie zu der Verzweiflungstat getrieben. „Die großen Multis wie MONSANTO, MYKO oder BAYER locken die Bauern mit Versprechungen: ‚Nimm das, und die Pflanzen werden resistent, die Ernte wird reichlich. Aber das ist nicht wahr, sie betrügen die Bauern nur‘, empört sich deshalb ein indischer Samenhändler in einem Bericht des TV-Magazins *Weltspiegel*.

Obst und Gemüse belastbarer

Das Verbraucherschutzministerium hat BAYER & Co. die Lizenz zur verstärkten Vergiftung von Obst und Gemüse erteilt, womit sich die Lobby-Arbeit der Agroriesen mal wieder ausgezahlt hat. Die staatlichen VerbraucherschützerInnen änderten das noch verträgliche Maß für 404 Pestizide. 293 Mal korrigierten sie nach oben und nur 111 Mal nach unten. Durchschnittlich hoben die MinistrantInnen die Grenzwerte um das 33fache an! Bei Salaten oder Beeren darf das Limit das bisher Erlaubte auch schon einmal um das 500fache überschreiten. „Es ist unglaublich. Die Verbraucherschützer aus dem Ministerium machen konsequent das Gegenteil von dem, was notwendig wäre, um die Gesundheit der Verbraucher und die Umwelt zu schützen“, empörte sich der GREENPEACE-Chemieexperte Manfred Krautter deshalb.

Vergiftungsgefahr in Kindergarten

Auf schlechterem Grund kann man einen Kindergarten kaum bauen: Im australischen Carlisle entstand eine Betreuungseinrichtung für Kinder auf dem Gelände einer ehemaligen Pestizid-Fabrik von BAYER. Sofort nach Bekanntwerden dieses Skandals schlossen die Behörden den Hort und nahmen Untersuchungen vor. Das Risiko giftiger Hinterlassenschaften ist auch deshalb hoch, weil der Leverkusener Multi das Areal nicht gerade besenrein hinterlassen hat und die Sanierungsarbeiten erst nach erheblichem Druck von seiten der Umweltbehörde beendet hat. Zudem veranlasste der Vorfall die staatliche Stellen dazu, eine Überprüfung aller Kindergarten-Grundstücke im westlichen Teil Australiens anzuordnen.

Aus für Aldicarb

Die EU hat BAYERs Pestizid-Wirkstoff Aldicarb verboten, der als Organophosphat zu höchsten Gefahrenklasse 1a gehört. In der Vergangenheit hatte der Leverkusener Multi große Kraftanstrengungen unternommen, um einem solchen Bann zu entgehen. So schrieb der Agro-Riese in der Sache dem Staatssekretär des ehemaligen Wirtschaftsministers Wolfgang Clement, dessen Haus sich dann auch wirklich für das Ackergift einsetzte, was schließlich mit dazu beitrug, dass Brüssel dem Mittel im Jahr 2003 noch einmal die Gnadenfrist verlängerte.

PFLANZEN & SAATEN

Baumwoll-Saaten gekauft

BAYER treibt sein Geschäft mit Baumwolle voran. In den USA hat der Agro-Multi zwei auf nicht genmanipuliertes Baumwoll-Saatgut spezialisierte Firmen gekauft.

GENE & KLONE

Genreis auf den Philippinen?

Die Philippinen sind das gentech-freundlichste Land in Südostasien. 20 Laborfrüchte von BAYER & Co. ließ der Staat schon zu. Darum rechnet BAYER auch mit einer Einfuhrgeneh-

migung für seinen Genreis LL62. Diese Sorte fand sich jüngst ebenso wie sein Bruderprodukt LL 601 in ganz normalem Supermarkt-Reis wieder - wenn auch in weniger besorgniserregenden Mengen (siehe SWB 4/06) - und sorgte so mit für den jüngsten Gen-Skandal. Aber nicht nur deshalb formiert sich breiter Widerstand gegen die drohende Zulassung. So wandte sich der Erzbischof Gaudencio Cardinal Rosales in einem Offenen Brief an die Staatspräsidentin Arroyo, um sich gegen das Genfood auszusprechen. „Als kirchliche Einrichtung haben wir die Pflicht, die Interessen der Gotteskinder und ihre angestammten Rechte auf gesundes Essen und eine gesunde Umwelt zu schützen“, hieß es in dem Schreiben. Auch GREENPEACE engagierte sich. „Eine Zulassung von BAYERs Gentech-Reis hätte desaströse Folgen für unser wichtigstes Nahrungsmittel (...) Sie bedroht die Artenvielfalt und gefährdet die Umwelt und die menschliche Gesundheit“, warnte der Aktivist Daniel Ocampo.

Genreis in Australien?

Neben dem genmanipulierten BAYER-Reis LL 601 hatte auch die Sorte LL62 Handelsmarken wie UNCLE BEN verunreinigt und so einen massiven GEN-Gau verursacht. Trotzdem hält der Leverkusener Multi unverdrossen an dieser Laborfrucht fest und hat nun auch in Australien einen Antrag auf Import-Genehmigung gestellt. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat daraufhin Kontakt mit der australischen GREENPEACE-Dependance aufgenommen, um gemeinsam zu versuchen, die Zulassung zu verhindern.

Gensenf und -raps in Australien?

BAYER hat in Australien Anträge auf Freisetzungsversuche mit genmanipuliertem Raps und Senf gestellt. Die mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kooperierende Initiative GENE ETHICS hat einen Einspruch gegen das Vorhaben eingelegt.

EFSA will Gen-Baumwolle

Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA befürwortet eine Importgenehmigung für gentechnisch manipulierte BAYER-Baumwolle, die gegen das Herbizid LIBERTY LINK resistent ist. Nicht einmal gegen eine Verwendung als Nahrungsmittel oder Tierfutter haben die EU-BürokratInnen etwas einzuwenden.

Reis-Industrie gegen Genfood

Der Gen-GAU um BAYERs Laborfrucht LL 601, die sich in diversen Supermarkt-Packungen wiederfand (s. o.) hat UNCLE BEN & Co. schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Auf 150 Millionen Dollar belaufen sich die Verluste der Branche. Deshalb haben sich die großen Exporteure auch konsequent gegen die Zulassung von genmanipulierten Sorten der Getreideart ausgesprochen, wie GREENPEACE Anfang Februar 2007 bekannt gab.

BAYER forscht in Potsdam

Seitdem BAYER 2002 die Agroparte von AVENTIS kaufte, gehört auch PLANTTEC, eine Ausgründung des „Max-Planck-Instituts für molekulare Pflanzenphysiologie“, zum Konzern.

Am Standort Potsdam genmanipulieren die einstigen Max-PlanckerInnen nun für den Leverkusener Multi an Reis, Raps und Kartoffeln herum. Die Knollenfrucht wollen sie durch eine Erhöhung des Stärkegehaltes als Produkt für die Klebstoff- und Papierindustrie interessanter machen. Entsprechende Versuche des Konkurrenten BASF beurteilt die verbraucherInnenpolitische Sprecherin der Grünen, Ulrike Höfken, äußerst skeptisch, da die Genkartoffel-Saaten nicht nur teurer als die herkömmlichen sind, sondern auch ertragsärmer. Die EU-PolitikerInnen teilten die Bedenken und lehnte einen Zulassungsantrag ab, aber die gentech-freundliche Brüsseler Kommission hat das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen.

Pflanzen als Pharmafabriken

BAYER treibt die gentechnologische Umrüstung von Pflanzen zu Pillen-Produzenten unaufhaltsam voran. Der Gen-Gigant ging jetzt eine Kooperation mit dem Freiburger Unternehmen GREENOVATION ein. Die Firma hat den Stoffwechsel von Blattmoos angeblich so verändert, dass das Kraut sich als Reaktor für Arznei-Wirkstoffe eignet. Sollte auch diese BAYER-Kreation sich wie der Genreis LL601 eines Tages mal bei ALDI im Regal wiederfinden, wären die Folgen weit fataler.

BAYER setzt auf „Smart Breeding“

Gentechnische Methoden finden zunehmend Eingang in die Produktion von herkömmlichem Saatgut. So ermöglicht die genaue Analyse des Erbgutes beispielsweise das Aufspüren von besonders widerstandsfähigen Sorten. Auf Basis dieses „Smart Breeding“ hat BAYER bereits spezielle Gemüse-, Raps- und Reisarten gezüchtet. Gentechnik-GegnerInnen wie der GREENPEACE-Aktivist Christoph Then begrüßen diese neue Methode als Alternative zur Risikotechnologie. Das sieht der Gengigant allerdings anders, weil das „Smart Breeding“ art-übergreifende Veränderungen ausschließt. „Deshalb kann nicht das ganze Potenzial der Pflanzenbiotechnologie ausgeschöpft werden“, dämpfte ein BAYER-Sprecher die Hoffnungen auf einen Gentech-Ausstieg.

WASSER, BODEN & LUFT

Aus für Kohlekraftwerk

Steinkohlekraftwerke stehen wieder hoch im Kurs, obwohl sie doppelt so viel Kohlendioxid ausstoßen wie Gaskraftwerke und auch die Energie-Effizienz zu wünschen übrig lässt. Ausschlaggebend für den Boom ist die Wirtschaftlichkeit. Während ein Gaskraftwerk im Jahr ca. 285 Millionen Euro abwirft, bringt es ein Steinkohlewerk auf 610 Millionen Euro. Darum wollte der Stromanbieter TRIANEL auf dem Gelände des BAYER-Chemieparks in Krefeld auch eine solche Dreckschleuder errichten, die jährlich 4,4 Millionen Tonnen CO₂ emittiert. Betreiben sollte es später BAYER INDUSTRIAL SERVICE. Aber gegen dieses Vorhaben formierte sich Widerstand. Ein Krefelder Arzt sammelte in wenigen Tagen 80 Unterschriften von MedizinerInnen, die sich wg. der zusätzlichen Feinstaub-Belastung und anderen

Gesundheitsgefahren gegen das Projekt aussprachen. Der Lehrer Ulrich Grubert hat wegen der Pläne für das Kraftwerk und für eine Erweiterung der städtischen Müllverbrennungsanlage sogar einen Hungerstreik durchgeführt. „Das ist ein Großangriff auf Flora, Fauna, Mensch und Klima“, sagte er zur Begründung. Dieser Stimmung mochte sich der Krefelder Stadtrat nicht verschließen. Er lehnte den Bau des Klimakillers ab.

Klimakiller China

Die wie Pilze aus dem Boden schießenden Großanlagen von BAYER & Co. im Reich der Mitte haben einen enormen Energie-Bedarf. China deckt ihn hauptsächlich mit Kohlekraftwerken ohne Filteranlagen, welche mehr als doppelt so viel Kohlendioxid emittieren wie Gaskraftwerke. Das macht den Staat hinter den USA zum weltgrößten Klima-Killer mit Aussicht auf den Spitzenplatz. Das chinesische Energieforschungsinstitut errechnete für das Jahr 2009 einen Kohle-Verbrauch in Höhe von 2,5 Milliarden Tonnen und damit einhergehend einen CO₂-Ausstoß von 5,8 Milliarden Tonnen.

Sparen am Umweltschutz

Die drastischen Rationalisierungsmaßnahmen BAYERs gehen auch zu Lasten des Umweltschutzes. So gehört zum Gerätepark des Multis zwar noch ein Meßwagen für Schadstoff-Emissionen, er bleibt aber meistens in der Garage. Früher war er rund um die Uhr auf dem Werksgelände unterwegs, heutzutage kommt er höchstens mal für zwei Stunden raus. Noch dazu fährt er oftmals noch nicht einmal die richtigen Stellen an und steht bei Schadstoff-Austritten nicht dort, wo die genauesten Messungen erfolgen können, weil die Mannschaft nicht mehr wie früher aus qualifiziertem Personal besteht.

EU verbessert Bodenschutz

EU-weit sind ca. vier Millionen Grundstücke durch Chemikalien, Schwermetalle oder Dioxin verunreinigt. Die Kosten für die Sanierung dieser Böden beziffert die Brüsseler Kommission auf 38 Milliarden Euro. Darum verstärkt die Europäische Union ihre Anstrengungen zum Bodenschutz. Nach einem neuen Richtlinien-Entwurf müssen BAYER & Co. beim Verkauf von Firmen-Arealen künftig Expertisen über die im Erdreich schlummernden Schadstoffe vorlegen. Darüber hinaus fordert die Regelung die Mitgliedsstaaten auf, ein für Privatpersonen und Unternehmen einsehbares Belastungskataster anzulegen.

Biopirat BAYER

BAYER betrachtet die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen lediglich als Rohstoff-Reservoir und plündert sie ohne Rücksicht auf Verluste aus. So produziert der Pharmariese das Diabetes-Mittel GLUCOBAY mittels eines Bakteriums, das aus dem kenianischen Ruiru-See stammt, ohne dem ostafrikanischen Land auch nur einen Cent dafür zu bezahlen (siehe SWB 1/06). Der neueste Biopiraterie-Coup des Konzerns: Er schaut sich gemeinsam mit dem russischen Unternehmen MAGELLAN BIOSCIENCE GRUPPE INC. in den Weltmeeren nach Mikroorganismen um,

deren Abwehrstoffe sich zur Herstellung neuer Pestizide eignen.

Antibiotika in der Umwelt

In der Humanmedizin kommen BAYERs CIPROBAY und andere Antibiotika massenhaft zum Einsatz, ihr Verbrauch lag 2004 bei 1.600 Tonnen. Dazu addieren sich noch die Anwendungen in der Massentierhaltung. Diese Gemengelage sorgt nicht nur für die Entstehung von Resistenzen, welche die Mittel unbrauchbar bei der Behandlung von Infektion machen, sie hinterlässt auch in der Umwelt ihre Spuren. So tummeln sich Antibiotika schon im Grund- und Trinkwasser und gelangen über Klärschlamm und Gülle auch in den Boden. Dort setzen sie dann den Mikroorganismen zu, was das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringt und die Erde unfruchtbarer macht.

GIFTIG, ÄTZEND & EXPLOSIV

Weichmacher Weiblichmacher

Weichmacher wie das von BAYER hergestellte Bisphenol A können wegen ihrer hormon-ähnlichen Wirkung beim Menschen die Hirnentwicklung stören sowie Krebs, Unfruchtbarkeit oder Erbgutschädigungen verursachen. Bei Tieren können sie sogar Geschlechtsumwandlungen bewirken. Bei 95 bis 100 Prozent aller männlichen Kaulquappen, die Chemikalien ausgesetzt waren, beobachteten ForscherInnen der schwedischen Universität Uppsala eine Transformation in Weibchen. Nach Meinung der WissenschaftlerInnen erklärt der Schadstoff-Eintrag in die Gewässer deshalb auch das Aussterben vieler Froscharten.

PLASTE & ELASTE

BAYER Nr. 1 bei Polycarbonaten

Nach der Inbetriebnahme des Shanghaier MAKROLON-Werkes ist BAYER der weltgrößte Polycarbonat-Produzent.

STANDORTE & PRODUKTION

Visionen für Leverkusen?

45.000 Menschen arbeiteten einst in den Leverkusener BAYER-Anlagen. Heute sind es nur noch 14.000; dazu kommen noch 5.000 bei der Chemie-Abspaltung LANXESS Beschäftigte. Der Schrumpfungsprozess hat auf dem Werksgelände ziemliche Lücken entstehen lassen, die auch die Anwerbung von Fremdfirmen im Rahmen des Chemiepark-Konzeptes nicht hat füllen können, nicht zuletzt weil die Grundstruktur des Areals dem Transformationsprozess einige Steine in den Weg stellt. Jetzt hat der Konzern zu einer preiswerten Lösung der Probleme gefunden, die ihm überdies die Planungshoheit gewährt. Er hat seine Beziehungen zur BDI-Unterabteilung „Kulturkreis der deutschen Wirtschaft“ spielen lassen und einen mit 10.000 Euro dotierten Architekturpreis für das Projekt „Leverkusen: vom BAYER-Werk zum Chemiepark“ ausgeschrieben.

IMPERIUM & WELTMARKT

Neue Pestizid-Kooperation

BAYER und das russisch-amerikanische Unternehmen MAGELLAN BIOSCIENCE GRUPPE INC. haben eine Zusammenarbeit bei der Suche nach Pestizid-Wirkstoffen auf Basis von aquatischen Mikroorganismen beschlossen (siehe auch WASSER, BODEN & LUFT).

Baumwoll-Firmen gekauft

BAYER hat in den USA zwei auf die Herstellung von konventionellem Baumwoll-Saatgut spezialisierte Unternehmen gekauft (siehe auch PFLANZEN & SAATEN).

ÖKONOMIE & PROFIT

Mehr Profit, weniger Arbeitsplätze

BAYER-Chef Werner Wenning konnte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Verbands der Chemischen Industrie“ glänzende Geschäftszahlen für die Branche vorlegen. Der Umsatz von BAYER & Co. stieg im Jahr 2006 um sechs Prozent auf 162 Milliarden Euro. Den Beschäftigten kam das allerdings nicht zugute; die Zahl der Arbeitsplätze sank um ein Prozent.

UNFÄLLE & KATASTROPHEN

Drei Verletzte bei Explosion

Am 16. Januar 2007 hat eine Explosion in dem brasilianischen BAYER-Werk am Standort Belford Roxo drei MitarbeiterInnen verletzt. Zwei Personen erlitten Verbrennungen, ein Helfer brach sich bei Löscharbeiten ein Bein. Das Unglück ereignete sich durch einen bislang ungeklärten Temperaturanstieg in dem Kessel einer Anlage zur Herstellung des Pestizid-Wirkstoffes Methamidophos. Der große Knall war in einem Umkreis von fünf Kilometern zu hören und die auflodernden Flammen weithin zu sehen. Der ausströmende Gasgeruch verursachte bei vielen AnwohnerInnen Übelkeit. Feuerwehr-Züge aus drei Gemeinden waren nötig, um den Brand unter Kontrolle zu bringen. Als Reaktion auf den Störfall kündigte das zuständige Umweltministerium schärfere Sicherheitsauflagen an. Zudem muss BAYER mit einer Strafzahlung rechnen (siehe auch AKTION & KRITIK).

RECHT & UNBILLIG

Klage wg. „Organisierten Verbrechens“

BAYER, PFIZER, ROCHE und 27 andere Pharmafirmen haben der türkischen Regierung überhöhte Kosten für importierte Arzneien in Rechnung gestellt. Eigentlich sollten diese sich an den niedrigsten Preisen in Frankreich, Griechenland, Spanien und Italien orientieren, aber die Konzerne haben Zahlenkosmetik betrieben und sich dadurch Extra-Profite gesichert. „Wegen der Teilnahme an einer illegalen

Organisation, die das Ziel hatte, Verbrechen zu begehen, die staatliche Autorität zu missachten, offizielle Dokumente zu fälschen und in offiziellen Dokumenten zu lügen" hat die Istanbul Staatsanwalt deshalb Ermittlungen gegen BAYER & Co. aufgenommen.

BAYER gelobt Rechtstreue

Der Leverkusener Multi hat ein „Programm für gesetzmäßiges und verantwortungsbewusstes Handeln“ verabschiedet. „Rechtsfragen spielen eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Gestaltung unserer Geschäfte“, sagte BAYER-Chef Werner Wenning zur Begründung des Vorstoßes, „Es gibt kaum einen Tätigkeitsbereich, der nicht davon betroffen ist.“ Weniger verklausuliert formuliert: Wer so dem Profit hinterherjagt wie wir, der bewegt sich zwangsläufig am Rande der Illegalität. Aber jetzt gelobte der Konzern, „Rechtsrisiken zu vermeiden“ und wartet mit Neuigkeiten auf. „Die BAYER AG respektiert das geltende Recht“, heißt es im so genannten Corporate-Compliance-Programm. In Zukunft soll in Sachen „Kartellrecht“, „Umgang mit gefährlichen Stoffen“, „Arbeitsschutz“, „Anlagenschutz“, „Umweltschutz“, „Gentechnik“ und „Datenschutz“ alles mit rechten Dingen zugehen. Wie unernst der Pharma-Riese es mit diesem Bekenntnis meint, zeigt der jüngste Gesetzesbruch in der Türkei (s. o.).

Diätpillen-Werbung bestraft

Erneut muss der BAYER-Konzern in den USA ein Bußgeld wegen unlauterer Werbung zahlen. Der Leverkusener Multi hatte in einem TV-Spot für die Diät-Pille ONE-A-DAY WEIGHTSMART fälschlicherweise behauptet, das Präparat würde den Stoffwechsel anregen. Wegen „irreführender Versprechungen“ verhängte die US-Wettbewerbsbehörde „Federal Trade Commission“ (FTC) deshalb eine Buße von 3,2 Millionen Dollar gegen den Pharmariesen. Nach Angaben der FTC-Vorsitzenden Deborah Platt Majoras handelte es sich dabei um die höchste jemals von der Behörde verhängte Zivilstrafe (siehe SWB 1/07).

ASPIRIN-Werbung bestraft

Seit einiger Zeit versucht BAYER verstärkt, ASPIRIN auch als Mittel zur Vorbeugung von Herzinfarkten anzupreisen, obwohl die prophylaktische Wirkung umstritten ist und viele MedizinerInnen aufgrund der vielen Gegen-Anzeigen vom Dauerkonsum des Tausendsassas abraten. Auch in Argentinien verstärkt sich die Kritik. Die staatliche Gesundheitsbehörde erhielt eine Beschwerde wegen „falscher und irreführender Werbung“.

Proteste gegen BAYER-Mais

Die mangelnde Akzeptanz von Genfood in Europa hat BAYER dazu veranlasst, die Entwicklungsländer als Anbaugelände zu nutzen. Aber auch dort stößt die Risikotechnologie zunehmend auf Kritik. So klagten in Brasilien mehrere Nichtregierungsorganisationen gegen die geplante Aussaat von gentechnisch gegen das Unkrautmittel LIBERTYLINK immun gemachtem Mais, und errangen einen Teilerfolg. Das Gericht setzte das Genehmigungsverfahren erst einmal aus

und zwang die Nationale Biosicherheitskommission, eine BürgerInnen-Anhörung anzuberaumen. GREENPEACE entfaltete ebenfalls Aktivitäten. Die Umweltgruppe führte eine Demonstration vor der BAYER-Zentrale in São Paulo durch und initiierte im Internet eine Kampagne mit Protestbriefen, die an den Leverkusener Multi und an den brasilianischen Staatspräsidenten Lula da Silva adressiert waren.

RichterInnen erleichtern Stilllegungen

BAYER & Co. können künftig noch leichter Standorte dichtmachen. Bislang mussten die Konzerne im Vorfeld einer Schließung einen Interessensausgleich mit dem Betriebsrat suchen und im Falle eines Scheiterns eine Einigungsstelle anrufen. Das nahm unter Umständen mehrere Monate in Anspruch, während derer die Unternehmensleitung keine Vorbereitungen zur Abwicklung etwa durch Kündigungen treffen durfte, wollte sie keine Klagen von Seiten des Betriebsrats provozieren. Jetzt erleichtert ein Urteil des Bundesarbeitsgerichtes BAYER & Co. die Arbeit. Nach dem Votum der RichterInnen brauchen Kündigungen kurz vor Toresschluss nämlich nicht unbedingt mit der Stilllegung in Zusammenhang zu stehen, weshalb die Firmen in Zukunft schon während der Verhandlungen mit den Gewerkschaften tüchtig feuern und so eine Menge Zeit sparen können.

Kein Giftgas-Prozess gegen Hussein

Der irakische Diktator Saddam Hussein schwörte auf BAYER-Produkte. Bei seinen Attacken auf kurdische Dörfer zwischen 1987 und 1988, denen 50.000 bis 100.000 Menschen zum Opfer fielen, kam das vom BAYER-Forscher Fritz Haber während des Ersten Weltkrieges entwickelte Senfgas zum Einsatz. In einem gesonderten Prozess sollte Hussein sich auch dafür verantworten, aber durch das Todesurteil im Hauptverfahren kommt es nicht mehr dazu. Die jetzige Regierung hat allerdings ebenfalls keine Probleme mit BAYER. Auf dem deutsch-irakischen Wirtschaftskongress Anfang 2004 hob ein Wirtschaftspolitiker die guten Beziehungen des Landes zur bundesdeutschen Chemie-Industrie hervor und lud BAYER & Co. zu einer Verstärkung ihres Engagements im Irak ein. Das brachte ihm damals jedoch wütende Reaktionen von Teilen der irakischen KurdInnen ein, die für die Hinterbliebenen der in Halabja durch Giftgas made in Germany Getöteten Reparationsansprüche geltend machen.

Kein Patent für Brüstle

Das Bundespatentgericht hat dem Stammzellen-Forscher Oliver Brüstle von der BAYER in vielfältiger Weise verbundene Universität Bonn (siehe SWB 2/02) ein Patent auf Produkte aus embryonalen Stammzellen verweigert. Es gab damit dem Kläger GREENPEACE Recht. Zur Begründung verwiesen die RichterInnen auf die Biopatentrichtlinie der Europäischen Union, welche die Kommerzialisierung von Embryonen als sittenwidrig einstuft. Der Genforscher will Beschwerde gegen das Urteil einlegen, das es ihm bedeutend schwerer macht, Risikokapital für seine Hochschul-Ausgründung „Life and Brain“ aufzutreiben.

BAYER muss Uni säubern

Die STAUFFER CHEMICAL COMPANY betrieb ihre Fabrik von 1897 bis 1987 in unmittelbarer Nähe der Universität Berkeley und verunreinigte das Hochschulgelände mit giftigen Substanzen. Staatliche Stellen haben jetzt BAYER und ZENECA als Rechtsnachfolger der Firma aufgefordert, die Altlasten zu entsorgen.

EU stärkt AktionärInnen-Rechte

Die EU plant, die Auskunftsrechte von AktionärInnen zu stärken. Ein Richtlinien-Entwurf sieht vor, Fragen von Aktien-BesitzerInnen zur Geschäftspolitik auch schon vor der Hauptversammlung zuzulassen und die Konzerne zu verpflichten, die Antworten im Internet zugänglich zu machen. Dieser Vorstoß hat allerdings bereits den Ministerrat auf den Plan gerufen. In einem Kompromissvorschlag spricht er sich für einen engen zeitlichen Rahmen zur Einreichung der Informationssuche aus. Zudem wollen die MinisterpräsidentInnen BAYER & Co. die Möglichkeit einräumen, zur Abwehr unliebsamer KritikerInnen formlos auf bereits veröffentlichte allgemeine Informationen zu verweisen.

Kommt der Bilanzzeit?

Die Bundesregierung plant im Zuge der Umsetzung der Brüsseler Transparenz-Richtlinie eine Reihe von Veränderungen im Aktienrecht. Wer mehr als drei Prozent der Aktien eines Unternehmens besitzt, muss dies in Zukunft öffentlich bekannt geben. Früher lag die Schwelle bei fünf Prozent. Die Große Koalition will angeblich so Risikokapital-Investoren besser auf die Spur kommen. Darüber hinaus können PrüferInnen bei einem Anfangsverdacht auf Betrug die Bilanzen von BAYER & Co. künftig auch zweimal im Jahr durchgehen. Schließlich sollen die Vorstände bald einen Eid auf die Korrektheit ihrer Bilanzen ablegen. Nicht nur weil dies BAYER-Chef Werner Wenning und seinen KollegInnen schwer fallen dürfte, hat der Bundesrat laut *Faz* „bereits etliche Bedenken angemeldet“.

BAYER verkauft HENNECKE

Der Leverkusener Multi will sich von seiner Tochtergesellschaft HENNECKE trennen. HENNECKE stellt Maschinen zur Kunststoff-Produktion her und steht im Mittelpunkt einer langwierigen juristischen Auseinandersetzung um Patentreib (Ticker berichtete mehrfach). Mitte der 60er Jahre hatte der Düsseldorfer Erfinder Heinz Süllhöfer BAYER/HENNECKE eine Maschine zur Herstellung von Isolierplatten aus Polyurethan-Hartschaum zum Kauf angeboten. Der Leverkusener Chemie-Multi lehnte ab - und baute die Süllhöfer-Erfindung nach. In der Folge warf die Apparatur für den Konzern Milliarden-Gewinne ab. Süllhöfer strengte einen Prozess wegen Patent-Verletzung an, der mit einem Vergleich endete. Der Konstrukteur überließ dem Unternehmen die Nutzung der Platten-Maschine und sollte dafür Lizenz-Gebühren erhalten. Davon sah er allerdings nie eine müde Mark. Der Multi mogelte sich um die fälligen Zahlungen herum, indem er Unter-Lizenzen an andere Firmen vergab und diese mit deren Bestellungen von BAYER-Rohstoffen verrechnete. Der Düsseldorfer Erfinder reichte deshalb erneut eine

Klage ein. Diese bildete den Auftakt für einen Prozess-Marathon, dessen Ende auch heute noch nicht abzusehen ist.

FORSCHUNG & LEHRE

Kooperation mit der Stanford University

BAYER hat mit der Universität von Stanford eine Forschungszusammenarbeit vereinbart. Hochschule und Unternehmen wollen ein auf molekularer Bildgebung beruhendes Diagnose-Verfahren zur Erkennung von Tumoren entwickeln. Das Geschäftsfeld „Diagnostische Bildgebung“ gehörte zu den Schwerpunkten des im Jahr 2006 von BAYER geschluckten SCHERING-Konzerns. Mit AVID RADIOPHARMACEUTICALS und der Züricher „Eidgenössischen Technischen Hochschule“ laufen bereits Kooperationen auf diesem Gebiet.

BAYER spendet BAYER

„Sozial ist, wenn es trotzdem nützt“ - nach dieser Devise fördert BAYER gemeinsam mit der US-amerikanischen Universitätsstadt Berkeley aus sozialen oder ethnischen Gründen benachteiligte BiowissenschaftlerInnen. Die Armen kommen durch die „Biotech Partners“ unter anderem in den Genuss von Praktika beim Leverkusener Gen-Giganten und können sich für künftige Arbeiten in den Konzern-Laboren empfehlen. Die gemeinnützige „BAYER Foundation“ hat jetzt mit einer Spende von 150.000 Dollar den Etat der Organisation noch einmal ein wenig aufgestockt.

SPORT & MEDAILLEN

Freispruch für Calmund

Angeblich zum Erwerb von Kaufoptionen für Fußballer hatte Reiner Calmund in seiner Eigenschaft als Manager von BAYER Leverkusen dem Spielerberater Volker Graul 580.000 Euro in bar übergeben. Belege für solch einen Verwendungszweck konnte Graul BAYER allerdings nie vorlegen. Wegen dieses undurchsichtigen Finanzdeals verlor Calmund im Juni 2004 nicht nur seinen Job, auch die Kölner Staatsanwaltschaft schaltete sich ein. Nach einjähriger Dauer endete der Prozess Anfang Januar 2007 ohne Urteil. Das Kölner Landgericht stellte das Verfahren gegen die Auflage, 30.000 Euro an gemeinnützige Organisationen zu zahlen, ein.

ASPIRIN-Doping

Die besten KundInnen für seine Schmerzmittel hat der Leverkusener Multi in den eigenen Reihen: Es sind die in den BAYER-Vereinen professionell Leichtathletik oder Fussball betreibenden SportlerInnen - denn Sport tut weh. „Manchmal haben wir uns die Dinger eingeworfen wie Bonbons“, bekennt etwa der seine Abhängigkeit einräumende frühere BAYER-Zehnkämpfer Frank Busemann. Die Präparate gehören bei Weltmeisterschaften und anderen Wettbewerben zur Grundausstattung der TeilnehmerInnen. „Die schlucken VOLTAREN und ASPIRIN in ungeheuren Mengen, auch ohne medizinische Indikation. Das macht uns Sorgen“, sagt etwa

der Sportarzt Toni Graf-Baumann. Die Pillen-Überdosen können nämlich zu Schädigungen des Magens und der Blutgefäße führen, Nierenversagen verursachen und das Schlaganfall- und Herzinfarkt-Risiko erhöhen. Sein Kollege Hans Geyer betrachtet ASPIRIN & Co. sogar als Doping. „Für mich sind Medikamente gegen den Schmerz klassische Dopingmittel. Sie sind gesundheitsschädlich, und sie erlauben höhere Leistungen im Wettkampf“, so der Mediziner.

KURZ VOR SCHLUSS

Entlassungen befördern Aktien-Kurs

Die DRESDENER KLEINWORT empfahl ihren KundInnen, BAYER-Aktien zu kaufen. Sie seien als werthaltiges Papier extrem attraktiv und die Ankündigung, es würden 6.100 Arbeitsplätze gestrichen, verringere die aus der Übernahme von SCHERING erwachsenen Risiken weiter, urteilten die Finanz-AnalystInnen und wiesen damit einmal mehr auf den Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzvernichtung und Gewinnmaximierung hin.



IMPRESSUM

Der *TICKER* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins *STICHWORT BAYER*. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter-Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Die Meldungen sind in Rubriken wie Gentechnologie, Pestizide, Arbeitsplätze, Pharma etc. zusammengestellt. Wird der *TICKER* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Hubert Ostendorf (v.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Jan Pehrke, Philipp Mimkes, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN(CBG)

Die CBG wurde für ihre konzernkritische Arbeit bereits mehrfach ausgezeichnet, darunter der Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen (KED) 1998 und von Business Crime Control (BCC) 1990.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: 0211/33 39 11,
Fax: 33 39 40,
e-mail: CBGnetwork@aol.com

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *STICHWORT BAYER (SWB)*.
Der *TICKER* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.